

ver.di • Domziegelhof 20 - 22 • D-24837 Schleswig

Wirtschaftsausschuss des Schleswig-Holsteinischen
Landtages
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel
Per E-Mail
Wirtschaftsausschuss@landtag.ltsh.de

Bezirk SH Nordost

Domziegelhof 20 - 22
D-24837 Schleswig

Matthias Pietsch
Gewerkschaftssekretär

Telefon: 04621 - 969610
Durchwahl: 04621-969617
Telefax: 04621-969619

Matthias.Pietsch@verdi.de
www.s-h-no.verdi.de

Datum
Ihre Zeichen
Unsere Zeichen

02.November 2017

MP/AnhrgWiAusschLand

Anhörung Keine Übertragung der Verwaltung der Bundesstraßen an den Bund

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Vorwege der mündlichen Anhörung vor dem Wirtschaftsausschuss am 08.11.2017 hier nun unsere schriftliche Stellungnahme zu oben genannten Sachverhalt.

Die vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) lehnt eine Übertragung der Verwaltung Bundesstraßen in Schleswig-Holstein an den Bund ab.

Begründung:

- 1.) Die Beschäftigten des Landesbetriebs Verkehr (LBV SH) sind hochmotiviert und haben einen hohen Grad der Identifizierung mit ihrem Betrieb. Durch die Veränderungen der letzten Jahre ist das „Wir-Gefühl“ gewachsen, da trotz wenigem Personal und fehlender politischer Unterstützung die Aufgaben meist bewältigt wurden und die Hoffnung besteht, dass dieses durch die Politik erkannt und gewürdigt werden würde. Durch die Abgabe der Bundesstraßen würde diese Motivation zerstört und eine dauerhafte Abwanderung verschiedener Kompetenzen die Konsequenz sein. Hierdurch würde die Straßenbauverwaltung insgesamt massiv geschwächt.
- 2.) Die Attraktivität der Straßenbauverwaltung Landes Schleswig-Holstein als Arbeitgeber ist noch gegeben. Diese würde nach der Abgabe der Bundesstraßen mit Sicherheit nicht mehr der Fall sein, da der LBV SH dann faktisch in seiner Existenz gefährdet ist. Dieses kann im Wettbewerb um Fachkräfte für die Landesverwaltung nicht im Sinne der Landesregierung sein.
- 3.) Es sind keine Effizienz- oder Effektivitätssteigerungen durch die Übertragung erkennbar. Vielmehr steht aus unserer Sicht zu befürchten, dass hier Mehrfachstrukturen in der Straßenbauverwaltung geschaffen werden, die einen erhöhten Koordinierungsbedarf entstehen lassen, ohne wirkliche Fortschritte und Synergien in den Verwaltungsverfahren zu erzielen.
- 4.) Die Arbeitsabläufe im LBV SH sind aus unserer Sicht teils verbesserbar, allerdings auch Ergebnis der Einsparungen und Umstrukturierungen der letzten Jahre. Eine

Abgabe der Bundesstraßen würde an dieser Situation nichts ändern, sondern u.E. die Situation weiter negativ beeinflussen.

- 5.) Eine „Verschiebung“ der Stellen des LBV SH im Rahmen des sogen. Personalabbaupfades zugunsten anderer Bereiche in denen es unbestrittene Personalbedarfe gibt, löst keine Probleme auf Dauer und ist aus unserer Sicht nicht ansatzweise eine zukunftsweisende Personalpolitik.
- 6.) Fiskalpolitisch wäre die Abgabe der Bundesstraßen ebenfalls aus unserer Sicht faktisch kein Erfolgsmodell, da die vermeintlichen Einsparungen (sofern überhaupt bezifferbar) durch Ausgaben an anderer Stelle mindestens ausgeglichen, wenn nicht gar übertroffen werden.

Für die vereinte Dienstleistungsgewerkschaft Landesbezirk Nord



Matthias Pietsch, ver.di Bezirk SH Nordost